

Ueli Maurers neuester Flieger

Der Stanser Business-Jet PC-24 soll das neue Flugzeug für den Bundesrat werden

Von Huber Mooser, Bern

Es ist eine Erfolgsstory: Der Stanser Flugzeugbauer Pilatus entwickelt einen zweistrahligen Business-Jet und verkauft davon ab Reissbrett in wenigen Monaten schon 84 Stück. Jetzt erhält Pilatus zusätzliche Unterstützung durch den Bundesrat. Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) stellt heute im Bundesrat den Antrag zum Kauf eines Pilatus PC-24. Diese Maschine soll den kleineren der beiden Bundesrats-Jets, die Cessna 560XL mit einer Reichweite von 3300 Kilometern, ersetzen.

Der Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) will dafür einen sogenannten Optionsvertrag mit Pilatus abschliessen. Der Stanser Flugzeugbauer sei bereit, mit der Eidgenossenschaft Verträge unter dem Vorbehalt abzuschliessen, dass der Kredit durch das Parlament bewilligt werden muss. Dies geht aus dem vertraulichen Papier des VBS an die Landesregierung hervor.

Maurer plante 1.-August-Coup

Die Pilatus Flugzeugwerke AG hat im Mai 2013 an der wichtigsten europäischen Geschäftsflugtagmesse, der European Business Aviation Convention & Exhibition (Ebace) in Genf, ihr neuestes Projekt enthüllt. Pilatus-Präsident Oscar J. Schwenk hoffte schon damals auf die Eidgenossenschaft: «Klar haben wir beim PC-24 an den Bundesrat gedacht», sagte er gegenüber dem *Tages-Anzeiger*. Zuerst müsse man aber die Maschine fertig entwickeln und in die Luft bringen. «Dann bieten wir auch dem Bundesrat einen Flieger an, der die Schweiz nur halb so viel kostet wie die jetzigen Maschinen.»

Der Schweizer Eidgenossenschaft stünde es gut an, wenn sie ein Schweizer Produkt mit internationaler Ausstrahlung in der Phase der Entwicklung als Erstkunde unterstützen würde, heisst es nun in Maurers Antrag zum Kauf des PC-24. Und die Chancen stehen gut, dass der Verteidigungsminister heute die anderen Regierungsmitglieder vom Kauf dieses Jets überzeugen kann. Grossen Widerstand hat eigentlich bisher niemand angemeldet. Maurer hatte das Gremium über seine Pläne schon vorin-



«Der kostet nur halb so viel.» Das Eins-zu-eins-Modell des PC-24 wurde 2013 in Genf enthüllt. Foto Keystone

formiert. Diese Woche reichte er nun die Fakten zum PC-24 und einen offiziellen Antrag nach.

Pikantes Detail: Der VBS-Chef will seine Absichten erst am 1. August offenlegen – nach dem Rollout anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums der Pilatuswerke AG, also nach der Vorführung des neuen Flugzeuges am Boden. Vorher solle man Vertraulichkeit wahren, steht im VBS-Papier. Maurer plante offensichtlich einen 1.-August-Coup mit dem neuen Bundesrats-Jet als Highlight.

Kosten von zehn Millionen

Gibt der Bundesrat heute grünes Licht, werden in naher Zukunft Bundesräte und hohe Chefbeamte kürzere Strecken (unter 3300 km) in einem

neuen Business-Jet von Pilatus fliegen. Der Erstflug eines PC-24 hat der Stanser Flugzeugbauer auf 2015 angekündigt. Ab 2017 beginnt die Auslieferung der ersten Jets. Wann genau die Schweiz den Bundesrats-Jet in Empfang nehmen könnte, weiss man noch nicht genau.

Die Pilatus PC-24 soll die inzwischen zwölfjährige Cessna 560XL ablösen. Die Maschine sei zwar ein zuverlässiges und wirtschaftliches Flugzeug. 2017 müssten laut VBS an der Cessna für knapp eine Million Franken «zwingende technische Anpassungen aufgrund neuer Luftfahrtvorschriften vorgenommen werden». Um 2020 wäre dann eine gröbere Modernisierung der Bordelektronik (Avionik) mit Kosten von zwei Millionen Franken fällig. Falls der Bundesrat dem

Erwerb einer PC-24 zustimmt, wird dieses zweite Upgrade hinfällig.

Das VBS geht von einem Beschaffungsbudget in Höhe von zehn Millionen Franken aus. Die Cessna würde man laut VBS verkaufen, die Einnahmen flossen zwar in die Bundeskasse, der Ausgabenplafond des VBS würde jedoch um den entsprechenden Plafond erhöht, wie bei der Falcon 50.

Dieses Bundesratsflugzeug wurde 2013 durch die Falcon 900EX ersetzt, dem früheren Regierungsflugzeug des Fürstentums Monaco. Die Falcon kommt für Flüge bis 8300 Kilometer zum Einsatz. Bundesrat Didier Burkhalter flog damit aber auch schon weiter, bis nach Vanuatu im Südpazifik – am anderen Ende der Welt.

Daten bleiben gespeichert

Digitale Gesellschaft abgeblitzt

Bern. Die Digitale Gesellschaft ist beim Bund mit dem Gesuch abgeblitzt, die Vorratsdatenspeicherung im Fernmeldeverkehr zu unterlassen. Hohe gesetzliche Hürden würden diesen Eingriff in die Grundrechte rechtfertigen, argumentieren die Behörden. Die Beschwerdeführer wollen den Entscheid anfechten.

Am 20. Februar hatte die Digitale Gesellschaft beim Dienst für Überwachung für Post- und Fernmeldeverkehr (Dienst ÜPF) Gesuche eingereicht, die die Unterlassung der Vorratsdatenspeicherung fordern. Die Gesuchsteller kritisieren, dass die Fernmeldedienstleister aufgrund des geltenden Rechts die Daten aller ihrer Kunden sechs Monate aufbewahren müssen, um sie bei Bedarf für die Strafverfolgung zur Verfügung stellen zu können.

Diese Beschwerden wurden nun mit Verfügungen abgelehnt. «Wenn es um die Aufklärung von schweren Straftaten geht, gibt es ein grosses öffentliches Interesse, dass die Polizei auch Informationen zum Telefon- oder Mailverkehr auswerten kann», hiess es in einem gestern veröffentlichten Schreiben. Dasselbe gelte, wenn es um die Suche nach vermissten Menschen in Not geht.

Generalverdacht kritisiert

Die Digitale Gesellschaft zeigt wenig Verständnis für den Entscheid des Bundes: Es sei zwar zu begrüssen, dass der Dienst ÜPF erkannt habe, «dass die Vorratsdatenspeicherung einen schweren Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen darstellt», sagte Viktor Györfy, Rechtsvertreter der Beschwerdeführer. Dieser Eingriff sei aber nicht zu rechtfertigen.

Laut Györfy werden die Auswirkungen der Vorratsdatenspeicherung vom Dienst ÜPF nicht ausreichend erkannt. Falsch sei insbesondere dessen Einschätzung, die Regelung in der Schweiz sei mit der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung nicht vergleichbar.

Die Digitale Gesellschaft will ihre Beschwerde nötigenfalls bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) weiterziehen. Zunächst werden die Gesuchsteller gegen die Verfügung Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht erheben. SDA

Differenzen über TV-Gebühren

Ständerat will, dass alle zahlen

Bern. Bei den Radio- und TV-Gebühren zeichnet sich keine Einigung zwischen National- und Ständerat ab. Der Ständerat möchte, dass künftig jeder Haushalt und jedes Unternehmen Gebühren zahlt, der Nationalrat hat sich für Ausnahmen ausgesprochen. Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrats beantragt dem Rat nun mit 14 zu neun Stimmen, an seinem Entscheid gegen ein befristetes Opting-out festzuhalten. Mit einem solchen Opting-out könnten Haushalte, die keinen Radio- und Fernsehempfang haben, während fünf Jahren nach der Einführung des neuen Gebührensystems von der Abgabe befreit werden. SDA

Räte uneinig bei Fantransporten

Vorlage soll zurück an Bundesrat

Bern. Die Fanzüge spalten die eidgenössischen Räte. Die Verkehrskommission des Nationalrats (KVF) will nach wie vor nicht, dass Transportunternehmen Sportfans dazu verpflichten können, mit speziellen Zügen oder Bussen zu reisen. Der Ständerat möchte über die Details zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes beraten. Er sprach sich deutlich gegen die Rückweisung aus. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug. Seine Kommission beantragt ihm mit 15 zu neun Stimmen, am ersten Entscheid festzuhalten. Folgt der Rat der Kommission, ist die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen und somit vorläufig vom Tisch. SDA

Gotthardgebühren bleiben ein Thema

Verkehrspolitiker wollen den Bau des zweiten Tunnels nicht verzögern

Von Beni Gafner, Bern

Tunnelgebühren sind in der Schweiz vom Tisch. Aber nur vorläufig. Die Verkehrskommission des Nationalrats (KVF) will die Diskussion über die Einführung von Tunnelgebühren aus Anlass der Gotthard-Sanierung nicht fortführen. Die Kommissionsmehrheit befürchtet, der Bau eines zweiten Gotthardtunnels könnte sich durch eine breite, politische Diskussion über Details einer Tunnel-Maut verzögern.

Der entsprechende Kommissionsentscheid fiel mit 17 zu vier Stimmen bei drei Enthaltungen. Es handle sich dabei nicht um einen Grundsatzentscheid gegen Strassenbenutzungsgebühren, sagte Kommissionspräsidentin Viola Amherd (CVP, VS). Die Mehrheit wollte keine Gebühr nur für den Gotthard. Eine Gebühr für alle wichtigen Tunnels zwischen Nord und Süd ruft nach Ansicht der Kommission nach zusätzlichen Abklärungen. Zudem würde mit einem solchen Ansinnen eine Verfassungsänderung nötig.

Urnerin gegen Tunnelgebühr

Die Verkehrskommission zeigte sich dennoch bereit, die Frage in einem längerfristigen Rahmen zu diskutieren – nämlich beim Fonds für den Nationalstrassen und Agglomerationsverkehr (NAF). Einen neuen Auftrag ans Verkehrsdepartement von Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) erteilte die KVF dazu gestern aber nicht.

Animierte diskutiert hat die Kommission gestern den verlangten Bericht von Bundesrätin Doris Leuthard zum Thema Tunnel-Maut. Die Kommissionsmitglieder der SVP hielten sich mit der For-

derung nach neuen Gebühren aus grundsätzlichen Überlegungen zurück. Dem Vernehmen nach wehrte sich auch FDP-Fraktionspräsidentin Gabi Huber (UR) heftig gegen Tunnelgebühren.

Grünliberale waren dafür

Hintergrund der neuerlichen Gebührendiskussion ist die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels nach mehr als 30 Jahren Betriebszeit. Weil die Röhre während der Sanierung gesperrt wird, hat der Bundesrat letztes Jahr den Bau eines neuen Strassentunnels beschlossen. Die KVF des Nationalrats hatte im März ebenfalls Ja gesagt dazu. Die Kosten werden 2,8 Milliarden Franken betragen. Bereits 2012 liess Verkehrsministerin Leuthard eine Tunnelgebühr prüfen. Dies, weil namentlich in der Westschweiz Befürchtungen aufkamen, der Bau einer zweiten Röhre verschlinge so viel Geld, dass zu wenig für andere Strassenprojekte übrig bleibe.

Unterstützt wurde die Tunnelgebühr von den Grünliberalen. Auch der Zuger FDP-Ständerat Joachim Eder wies in einer früheren Ständeratsdebatte darauf hin, dass die Maut ein Trumpf gegenüber der EU sein könnte.

Kritik der Basler Regierung

Umgehend kritisiert wurde der gestrige Kommissionsentscheid von Vertretern der Alpenschutz-Initiative. Die Diskussion um Tunnelgebühren am Gotthard mache deutlich, dass die Finanzierung einer zweiten Gotthardröhre prekär sei und letztlich auf Kosten von Agglomerationsprojekten gehe. Ins gleiche Horn stiessen kurz vor der gestrigen Kommissionssitzung die Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Genf

und Neuenburg. In einem Brief an die Verkehrspolitiker führten sie an, der Einsatz umfangreicher Mittel am Gotthard benachteilige wesentlich dringendere Projekte, so etwa auf der A2 in Basel im Abschnitt Schwarzwaldtunnel-Hagnau. Mitunterschieden hat den Brief Regierungsrat Hans-Peter Wessels, der Vorsteher des Basler Bau- und Verkehrsdepartements.

Position gegen deutsche Maut

Thema in der gestrigen Kommissionssitzung war auch eine vorbehaltene Reaktion der Schweiz gegenüber deutschen Plänen, dort eine 100-Euro-Maut für Autos einzuführen. Nach den Plänen des deutschen Verkehrsministers Alexander Dobrindt (CSU) sollen Deutschen die Gebühr über die Kraftfahrzeugsteuer verrechnen dürfen. Damit will Dobrindt ausländische und damit auch Schweizer Autofahrer zur Kasse bitten.

Der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter (SVP) regte in der KVF-Sitzung an, bei einer nächsten Erhöhung des Vignetten-Preises ein ähnliches Vorgehen zu prüfen. Demnach sollen auch Schweizer ihre Vignette steuerlich in Abzug bringen dürfen und so vorab ausländische Fahrzeugführer zahlen. Hurter ärgerte sich dabei über Vorwürfe aus dem Ausland, die Schweiz sei eine Rosinenpickerin. Und dies, obwohl sie ihren Verpflichtungen mit Milliardeninvestitionen in den Verkehr auf der Nord-Süd-Achse vorbildlich nachkomme. Im Gegensatz dazu verlaufe die Anbindung an die Neat sowohl in Deutschland als auch in Italien sehr harzig. Inwieweit das Thema im Sinne Hurters weiterverfolgt wird, wurde gestern nicht abschliessend bestimmt.

Nachrichten

Schweiz und China feiern Freihandelsabkommen

Basel. Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China ist gestern offiziell in Kraft getreten. Bundesrat Johann Schneider-Ammann und hochrangige chinesische Vertreter haben den Anlass gestern mit einem Festakt im Basler Rheinhafen Kleinhüningen gefeiert. Auf über eine halbe Milliarde Franken schätzt eine Studie das Zolleinsparpotenzial für Schweizer Exporteure dank des Abkommens. SDA

59 Fahrzeuge für 100 Millionen für die SBB

Bern. Die SBB beschaffen für den Bau und Unterhalt von Fahrleitungsanlagen 59 neue Fahrzeuge zum Preis von rund 100 Millionen Franken. Mit der Beschaffung sollen sowohl ältere Fahrzeuge der Fahrleitungsdienste ersetzt als auch künftig notwendige Zusatzkapazitäten abgedeckt werden. Der Auftrag geht an die britische Firma Harsco Rail. SDA

APK befürwortet Informationsaustausch

Bern. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK) befürwortet Verhandlungen über den automatisierten Informationsaustausch mit der EU, den USA und weiteren Staaten. Sie hat den Verhandlungsmandaten des Bundesrates zugestimmt. In den Augen der Kommissionsmehrheit ist es im Interesse der Schweiz, den neuen internationalen Standard mit der EU umzusetzen und mit den USA eine Änderung des Fatca-Abkommens anzustreben. SDA